



Zug, 29. Oktober 2013

Votum zu „Expats in der Stadt Zug – integriert oder separiert?“
Vorlage Nr. 2278

Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Einwanderung ist sowohl Bereicherung als auch Herausforderung. Darum ging es übrigens auch im gestrigen Referat von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die im Casino referierte.

Mit 32% wird in der Stadt Zug jede dritte Arbeitsstunde von einer ausländischen Person geleistet. dabei machen ausländische Personen nur einen Viertel der Wohnbevölkerung aus. Der Stadtrat geht gemäss Antwort davon aus, dass innerhalb der ausländischen Bevölkerung ein Viertel oder ein Fünftel Expats betrifft. Nun habe ich nachgesehen: Ende 2012 hatte die Stadt Zug 27'699 Personen, die zur wirtschaftlichen Wohnbevölkerung zählten. Einwohnerinnen und Einwohner. Wenn ich die Angaben des Stadtrates durchrechne, dann komme ich auf eine Zahl von rund 1'800 bis 2'200 Expats in der Stadt Zug.

Wir leben hier bei uns also einen sozialen Mix: sowohl hochqualifizierte Ausländerinnen als auch wenig privilegierte Zugewanderte. Dazwischen stehen Schweizerinnen und Schweizer.

Die meisten „Expats“ verdienen mehr als Einheimischen. Sie haben einen hohen Bildungshintergrund. Sie schicken ihre Kinder in private International School. Wenn es um die Wohnungssuche oder um Schulen geht etc., werden auch von Relocation Firmen organisiert. Sie können es sich finanziell leisten.

<http://www.zg.ch/behoerden/baudirektion/statistikfachstelle/themen/arbeitsmarkt-1>



In dieser Gesellschaft leben hochqualifizierte Ausländerinnen und Ausländer sogenannte Expat und gleichzeitig sogenannte unterprivilegierte Ausländerinnen und Ausländer.

Dass es manchmal ein Unbehagen gegenüber „unterprivilegierten“ Zugewanderten gibt, ist historisch nicht ganz neu. Mir bereitet es aber Sorge, wenn ich nun einen wachsenden Unmut auch gegenüber Expats wahrnehme. Sie seien die Schuldigen, dass der Wohnungsmarkt verteuert wurde... Aber denken Sie daran: Wir, wir selbst haben die Rahmenbedingungen dafür geschaffen.

Erstens holten wir EU-Bürgerinnen und –Bürger durch die bilateralen Verträge ins Land. Zweitens erlauben wir, dass man als Hochqualifizierter in die Schweiz kommen dürfe. Drittens: es liegt an unserer Tiefststeuerpolitik, dass wir für viele internationale Unternehmen so attraktiv waren und sind. Diese bringen in der Folge auch ihre Mitarbeiter mit.

Der SP ist es wichtig, dass wir keiner einzelnen Gruppe einfach die Schuld in die Schuhe schieben. Ich möchte auch davor warnen, eine solche Sündenbock-Politik zu pflegen! Es wäre zu vereinfacht, die hohen Wohnpreise einfach Expats und anderen Vermögenden zuzuschieben.

Sehr oft geht es doch weitreichendere Phänomene. Und manchmal auch um gesellschaftliche Trends ganz generell. Das meine ich zum Beispiel in Bezug auf die tiefe Teilnahmezahlen an den Neuzuziehenden-Anlässen. Das wurde ja sehr bemängelt. Aus diesem Grund reicht es vielleicht nicht aus, den Anlass einfach auf Englisch umzustellen in der Hoffnung, es kämen dann viel mehr Expats. Ich bin mir insofern auch nicht sicher, ob die beiden Verfassenden der Interpellation eine hinreichende Antwort

Noch etwas Kleines zur Antwort auf die Frage 6 der Interpellation: Dort werden die Massnahmen angesprochen. Bund und Kantone investieren rund 40 Mio Franken für Integration und auch in Sprachkurse.



Meine persönliche Meinung ist, dass Angebote zwar für alle offenstehen sollten. Gleichzeitig ist auch Chancengerechtigkeit nicht einsichtig, warum für alle die gleichen Bedingungen gelten. Unsere öffentlichen Gelder sollten doch lieber in Bauarbeitende als in EinTop Manager, der z.B. der In Gelecore sonst irgendwo arbeitet, für ihn muss der Staat nicht einen Sprachkurs oder Integrationskurs finanziell anbieten. Im Gegensatz zu einem gut verdienenden Top Manager sollte der Staat mehr in einen Tellerwäscher oder Bauarbeiter solches Angebot bieten. Hier geht um die Chancengleichheit.